



Schulcontainer-Landschaft in Reinach: Das Schulhaus Surmatten umfasst zwei grosse Container. Foto: Dominik Plüss

# Hohe Schülerzahlen bringen Gemeinden an ihre Grenzen

**Baselbiet** Die Gemeinden wachsen – das führt zu Engpässen in Schulen und explodierenden Kosten. Sie fordern daher eine stärkere Beteiligung des Kantons.

**Nic Engel**

Das Baselbiet ist ein Land der Schulhaus-Container: Aesch, Bottmingen, Muttenz, Reinach und viele andere Gemeinden verfügen teils schon seit Jahren über Schulprovisorien. Diese sollen garantieren, dass genügend Platz für Schülerinnen und Schüler vorhanden ist – die Schulhäuser reichen nicht mehr aus.

Die Situation zeigt sinnbildlich auf: Viele Gemeinden sind mit der Schulraumplanung am Limit. Die Schülerzahlen nehmen seit einiger Zeit zu, denn die Bevölkerung wächst, besonders in den grösseren Gemeinden des Unterbaselbiets. Das ist nicht nur aus Platzgründen ein Problem, sondern kann auch für das Gemeindebudget empfindliche Folgen haben.

**Ukrainische Flüchtlingswelle kam in Muttenz noch dazu**

«Einige Gemeinden wurden vom Tempo des Wachstums überrascht», sagt der Arlesheimer Gemeindepräsident Markus Eigenmann. Als Exekutivpolitiker und Präsident der IG Finanzausgleich, die per Initiative eine Reform des kantonalen Finanzausgleichs fordert, ist er ein Kenner der Materie – insbesondere auch, wenn es um die finanziellen Auswirkungen für die Gemeinden geht. So etwa Muttenz: Wegen starken Bevölkerungswachstums und damit stark wachsender Schülerzahlen beschloss die Gemeinde im letzten Mai den Bau eines Provisoriums beim Schulhaus Gründen, obwohl man noch einige Jahre zuvor prognostiziert hatte, dass der Platz reichen werde.

Exakte Prognosen zu Schülerzahlen seien für die Gemeinden

schwierig zu machen, erklärt Eigenmann. «Der genaue Bevölkerungsmix bei neuen Quartierplänen, wie viele Familien zuziehen werden, kann nur schwer vorhergesehen werden. Daher gibt es manchmal Überraschungen bei den Schülerzahlen.»

Was in Muttenz hinzukam: Die Zahl der Schülerinnen und Schüler stieg unerwartet schnell wegen des Ukraine-Kriegs und der darauffolgenden Flüchtlingswelle. Allein die ukrainischen Kinder könnten in Muttenz zwei ganze Schulklassen bilden, hiess es in der «Basellandschaftlichen Zeitung». Ähnlich ist es in anderen Ortschaften.

Zahlreiche Gemeinden setzen zudem auf Wachstum. In den vergangenen Jahren sind im ganzen Kanton neue, verdichtete Quartiere wie Pilze aus der Erde geschossen. Ein Ende ist nicht in Sicht. Das Bredellaquartier in Pratteln, die Quartierplanungen Zentrum und Sternfeld in Birsfelden, die Pläne bei der Allee

**«Oft entscheiden Regierungsrat und Landrat über die Primarschule, zahlen müssen aber die Gemeinden.»**

**Johannes Sutter**

Arboldswiler Gemeindepräsident und zuständig für Bildung im VBLG

und dem Posthochhaus in Liestal – das ist nur eine unvollständige Liste an Projekten, die in den nächsten Jahren umgesetzt werden sollen. Beim finanzierten Wachstum spielen der finanzielle Aspekt durchaus eine Rolle, sagt Eigenmann. «Mit der wachsenden Bevölkerung erhofft man sich auf lange Sicht mehr Steuereinnahmen.»

**7 und 5,4 Millionen Defizit in Reinach und Allschwil**

Inzwischen gibt es kaum eine grössere Gemeinde, selbst im Speckgürtel, die nicht rote Zahlen budgetiert. «Spitzenreiter» im unteren Baselbiet sind Reinach und Allschwil, die für nächstes Jahr mit Defiziten von 7 respektive 5,4 Millionen rechnen. Die klammen Finanzen sind für den Steuerzahler bereits spürbar: In mehreren Gemeinden wurden die Steuern erhöht – jüngstes Beispiel ist das (ehemalige) Steuerparadies Bottmingen.

Grund für die negativen Budgets sind explodierende Kosten im Altersbereich – aber auch bei den Schulen. Denn Zuzüger können durchaus ein Kostentreiber sein, vor allem, wenn sie mit Kind und Kegel kommen. Die Schulinfrastruktur muss den höheren Kinderzahlen angepasst werden.

Eine unvollständige Liste von grösseren Ausbauprojekten: Aesch möchte seine Schulen für 70 Millionen Franken erweitern, sanieren und damit auch Neubauten finanzieren. Therwil plant einen Schulhauscampus für 33 Millionen. Liestal will 10 Millionen für die Erweiterung des Schulhauses Fraumatt ausgeben. Binningen baut momentan den Schulcampus Dorf für 50 Milli-

onen Franken. Das letzte Jahr eröffnete Schulhaus Surbaum in Reinach kostete 49 Millionen. Das sind keine Peanuts, selbst für finanzstarke Gemeinden.

Aber nicht nur das Bevölkerungswachstum trägt zur Schulraumnot bei. Auch neue pädagogische Konzepte erhöht die Anforderungen an die Schulinfrastruktur, sagt Johannes Sutter. Der Arboldswiler Gemeindepräsident ist im Verband Basellandschaftlicher Gemeinden (VBLG) für das Ressort Bildung zuständig. «Integrative Schule oder spezielle Fördermassnahmen bringen einen höheren Raumbedarf mit sich», sagt er. Auch wenn Betreuungsangebote wie der Mittagstisch ausgebaut würden, müsse mehr Platz geschaffen werden. Das würden bei neuen Schulbauten stärker gewichtet.

Der finanzielle Druck ist so gross, dass die Gemeinden mit der Politik die Trägerschaft der Primarschulen neu aushandeln wollen, also im Prinzip die Frage, wer Entscheide über die Primarschule fasst und wer dafür zahlt. «Häufig entscheiden Regierungsrat und Landrat über die Primarschule, zahlen müssen aber die Gemeinden», sagt Sutter. Ein Beispiel seien Klassenlehrer-Entlastungslektionen, die 2022 vom Landrat beschlossen wurden und von den Gemeinden zu berappen sind. Dabei handelt es sich um eine zusätzliche bezahlte Lektion als Ausgleich für die Klassenleitung.

Für die Gemeinden ist klar: Der Kanton müsse sich stärker an den Kosten beteiligen. «Genauere Modelle arbeiten wir momentan zusammen mit dem Kanton aus», sagt Sutter.

## Unterricht nur begrenzt «gesetzeskonform»

**Raumnot in Liestal** Das Fraumattschulhaus soll ausgebaut werden. Seit Jahren schon mangelt es dort an Platz.

Das Fraumattschulhaus in Liestal soll bis 2028 ausgebaut werden. Denn: «Gesetzeskonformer Unterricht ist im jetzigen baulichen Zustand kaum und teilweise nicht mehr möglich» – so heisst es in der Vorlage des Stadtrats. Den nötigen Kredit von rund 10 Millionen Franken für den Ausbau hat der Einwohnerrat bereits gesprochen. Die Vorlage muss aber noch eine obligatorische Volksabstimmung überstehen.

Nicht «gesetzeskonform» ist der aktuelle Zustand aus mehreren Gründen. Die Schule ist schlichtweg zu klein. In Bezug «auf seine Belegung durch Klassen» sei das Schulhaus schon «seit längerer Zeit überlastet», heisst es im Bericht. «Es fehlt an genügend grossen Gruppenräumen und an Klassenzimmern», sagt Stadtrat Lukas Felix (SP), der für das Ressort Bildung zuständig ist. Das führt auch dazu, dass ein bis zwei Klassen ans Mühlemattschulhaus «ausgelagert» werden müssen, was zu unzulässig langen Schulwegen führe und in der Vergangenheit auch immer wieder zu Einsprachen von Eltern geführt habe, sagt Felix.

Im Einwohnerrat entzündete sich wegen der Schulraumfrage nun eine weitere Diskussion. Liestal erhielt durch den Kanton nämlich eine Ausnahmebewilligung, die sich auf die Anzahl fremdsprachiger Kinder mit wenig Deutschkenntnissen pro Klasse bezieht. Das Primarschulhaus befindet sich in einem Viertel mit hohem Migrationsanteil, dem Fraumattquartier. Klassen bestehen teilweise gänzlich aus fremdsprachigen Kindern.

**Unter Ausnahmebewilligung leiden benachteiligte Kinder**

Nach kantonalem Bildungsgesetz sollen nicht mehr als sechs fremdsprachige Kinder, die wenig Deutschkenntnisse aufweisen, in einer Klasse aufgenommen werden. Sind es mehr als sechs, müssen sie doppelt gezählt werden. Die Qualität des Unterrichts soll so gewährleistet werden. Im Fraumatt ist das nicht der Fall. Liestal habe seit mehr als 10 Jahren die Ausnahmebewilligung, sagt Felix. «Diese gibt es seit Einführung der Sprachlerngruppen.» Dabei handle es sich um frühe Sprachförderung in Deutsch, welche bereits ein Jahr vor dem Kindergarten anfangen.

Eine Folge des Raummangels? Lukas Felix verneint: «Das Gefäss wurde geschaffen, damit das Deutsch der Kinder beim Eintritt

in die Primarstufe verbessert werden kann.»

SP-Einwohnerrat Bernhard Bonjour schreibt in einer Interpellation allerdings, die Ausnahmeregelung sei vor allem wegen des Schulraum Mangels in Anspruch genommen worden – so habe er die Berichte des Stadtrats und der Kommissionen verstanden, sagt er auf Anfrage.

Die Frage ist deswegen wichtig, da sich zu wenig Platz – und damit mehr Klassen mit mehr als sechs fremdsprachigen Kindern – zuungunsten schon benachteiligter Kinder auswirken könnte. Lukas Felix entgegnet, die Einführung Sprachlerngruppe habe dazu geführt, dass auf die Doppelzählung verzichtet werden konnte. Das Modell sei sehr erfolgreich.

**Kein Ausbau wegen Klammer Finanzen**

Die fehlende Doppelzählung wirft bei Bonjour dennoch Fragen auf. So möchte er in seinem Vorstoss wissen, in wie vielen Klassen bei einer Doppelzählung die Richtzahl respektive die Höchstzahl von Schülern überschritten würde. Also mit anderen Worten: wie sehr sich die fehlende Doppelzählung auf die Schülerzahlen in den Klassen auswirkt. Da der Vorstoss noch hängig ist, möchte Stadtrat Felix dazu nichts Genaues sagen.

Unabhängig davon fragt sich, warum die Schule nicht früher ausgebaut wurde. Platzmangel im Fraumatt gibt es schon länger. Lukas Felix sagt, zum einen handle es sich um finanzielle Gründe – Liestals Finanzen stehen seit längerer Zeit schlecht da. Zudem habe es in der Vergangenheit «Strategiewechsel» in der Schulraumplanung gegeben.

2018 wollte die Stadt auf dem Gestadeck-Areal das Schulhaus grosszügig erweitern. Von der ersten bis zur sechsten Klasse sollte das neue Schulhaus jeweils zwei Klassenzügen mehr Platz bieten. Das Projekt wurde nach einem Jahr eingestellt, wegen Geldmangel. Ausgebaut wurde das Schulhaus später trotzdem, aber «nur» für einen Klassenzug.

«Der Fokus liegt auf der Schaffung von Schulraum an bereits vorhandenen Standorten mit Kapazitäten in den bestehenden Turnhallen», sagt Felix. «So können die Kosten für Schulhausbauten deutlich reduziert werden.» Der Erweiterungsbau beim Fraumattschulhaus sei das erste Projekt nach dieser Strategie.

**Nic Engel**



Soll mit einem Neubau erweitert werden: Das Schulhaus Fraumatt in Liestal. Foto: Kostas Maros